

AMNESTY INTERNATIONAL

Amnesty International ist eine Menschenrechtsbewegung; ihre Stärke liegt in den über sieben Millionen Mitgliedern weltweit. Werden auch Sie Mitglied von Amnesty!

Amnesty-Aktivist:innen werden auf Basis professionell recherchierter Informationen tätig: Sie organisieren Öffentlichkeitsaktionen zur Bewusstseinsbildung, verbreiten Daten über die Menschenrechtslage in Gesprächen, bei Veranstaltungen und mittels lokaler Pressearbeit und motivieren Mitmenschen, damit diese mit einer Unterschrift auf einer Petition gegen Unrecht auftreten.

Schwerpunkte des Amnesty-Netzwerks Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte:

- **Arbeit:** Wir setzen uns für Menschen ein, die wegen ihrer Arbeit für Arbeits- und Menschenrechte verfolgt und schikaniert werden (z.B. Kolumbien, Tunesien, Brasilien).
- **Wirtschaft:** Wir fordern soziale Verantwortung von Unternehmen (z.B. Nigerdelta, Palästina, Mosambik).
- **Soziale Rechte:** Wir setzen uns für soziale Rechte ein: Menschen sollen in Würde leben können: Dazu gehört das Recht auf Wohnen, Gesundheit und eine gute Schulbildung.

WOLLEN SIE EHRENAMTLICH MITARBEITEN?

Besuchen Sie unsere Homepage <https://awsr.amnesty.at/> und informieren Sie sich über Mitarbeitsmöglichkeiten. Über die Amnesty Moves App können Sie bei unseren Aktivitäten mitmachen. Diese finden Sie im App Store, Google Play Store oder <https://amnestymoves.at>
Kontaktieren Sie uns unter gewerkschafterInnen@amnesty.at

Amnesty International Österreich, Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien, T: +43 1 78008,
E-Mail: gewerkschafterinnen@amnesty.at, Website: www.amnesty.at,
Spendenkonto: IBAN AT14 2011 1000 0031 6326,
Eigene Herstellung, April 2025



DAS MENSCHENRECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH



AMNESTY
INTERNATIONAL



DAS MENSCHENRECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Weltweit benötigen viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen Schwangerschaftsabbrüche. Der Zugang zu sicheren und legalen Abbrüchen ist aber bei weitem nicht für alle Menschen gewährleistet.

- Der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist ein Menschenrecht.
- Schwangerschaftsabbrüche sind nicht unvereinbar mit dem Recht auf Leben.
- Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen schützt das Recht auf Leben.
- Die internationalen Menschenrechtsnormen besagen, dass die Menschenrechte nach der Geburt gelten, nicht davor.

Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen führt nicht dazu, dass diese seltener durchgeführt werden, sondern dass diese unsicherer werden und nicht selten zu schweren Verletzungen der Betroffenen, manchmal sogar zu Todesfällen führen.

Weltweite Entwicklungen der Gesetzeslage zu Schwangerschaftsabbruch

Einerseits sind in den letzten 25 Jahren erhebliche Fortschritte im Kampf für sexuelle und reproduktive Rechte erzielt worden, andererseits gibt es aber leider auch eine gegenteilige Entwicklung, die errungenen Fortschritte sind in Gefahr. Amnesty hat in mehreren Berichten dokumentiert, wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch weltweit in Frage gestellt wird: durch Kriminalisierung, Hindernisse beim Zugang oder der Stigmatisierung, Einschüchterung und Verfolgung von Gesundheitspersonal, Aktivist*innen und Begleitpersonen.

SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH IN ÖSTERREICH

Leider wird auch in Österreich der Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch nicht ausreichend gewährleistet.

Schwangerschaftsabbruch ist Österreich immer noch eine Straftat, die nur unter bestimmten Bedingungen straffrei ist. Er ist nicht als reguläre Gesundheitsleistung der Krankenkassen anerkannt, nicht flächendeckend verfügbar und muss privat bezahlt werden.

Amnesty International fordert daher, dass das Recht auf sicheren und leistbaren Schwangerschaftsabbruch in ganz Österreich sichergestellt wird. Der erste wichtige Schritt dazu ist die völlige Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen – die Streichung des entsprechenden Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch ist unumgänglich.

Mein Körper, mein Menschenrecht

Der Paragraf 96 stellt Abbrüche grundsätzlich unter Strafe. Der Folgeparagraf regelt die Ausnahmen, unter welchen sie straffrei sind. Das bedeutet sowohl für Personen, die einen Abbruch durchführen lassen als auch für die durchführenden Ärzt*innen: Sie befinden sich in einem strafrechtlichen Graubereich. Die Folgen sind Stigmatisierung und Versorgungslücken.



Unterzeichnen Sie unsere Petition zur Abschaffung des §96 aus dem Strafgesetzbuch.

Auf der Homepage <https://awsr.amnesty.at> finden Sie unser Aktionspaket zum 1.Mai. Dort können Sie Briefe herunterladen und Proteste unterstützen. Wenn Sie aktiv mitarbeiten möchten, finden Sie dort weitere Informationen.

